

Dr. Philipp von Bismarck, Vorstandsmitglied der Kali-Chemie AG, Vorstandsmitglied des Deutschen Industrie- und Handelsstages (DIHT) und Mitglied weiterer Aufsichtsräte in Chemiekonzernen Italiens und der USA;

Walter Leisler Kiep, Schatzmeister der CDU, Aktieninhaber der Farbwerke Hoechst AG, Teilhaber der Firma Gradmann und Holler (eine der größten Versicherungs- und Rückversicherungsgesellschaften Westeuropas), Stuttgart, Aufsichtsratsmitglied der Marsh und Me Lennan S. A. Brüssel und weiterer in- und ausländischer Konzerne;

Franz Josef Strauß, Vorsitzender der CSU, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Airbus GmbH, München, Mitglied des Aufsichtsrates der ICL, Deutschland International Computers GmbH und Vertrauensmann weiterer einflußreicher Konzerngruppen der BRD.

So wie die Fäden dieser vier zu Konzernen, Banken und Trusts führen, so gehen die Verbindungen anderer Abgeordneter ähnlich zum Finanz- und Monopolkapital der BRD.

Abgeordnetenkauf auf der Tagesordnung

Der Einfluß der Monopole auf den Bundestag und damit auf dessen gesetzgeberische Tätigkeit geht aber über die Zahl der von ihnen in das Parlament entsandten Geschäftsführer, Prokuristen oder Anwälte weit hinaus. So haben nach Schätzungen über 500 Konzerngruppen und Interessenverbände ihre Mittelsmänner in Bonn sitzen und wenden differenzierte Methoden zur Beeinflussung der Parlamentarier an.

Viele schließen mit bestimmten Bundestagsmitgliedern, vor allem mit denjenigen, die in

Die Abgeordneten, deren Wahlkampf von den Monopolen unmittelbar oder mittelbar finanziert wird, haben im Auftrage und Interesse ihrer jeweiligen Konzerngruppen und -verbände die Gesetzgebung auf speziellen Gebieten zu verfolgen und aktiv zu beeinflussen und natürlich die im Gesamtinteresse des Großkapitals liegenden Gesetzesvorhaben voranzutreiben. Freilich verschweigen sie dies. Denn was bliebe von der ganzen Bonner Rechtsstaatlichkeit noch übrig, wenn die Abgeordneten ihren den Monopolen dienenden Einfluß auf die Gesetzgebung offen in die Welt posaunen, also zugeben würden, daß sie nicht die Interessen der Mehrheit des Volkes vertreten. Wenn man dann noch hört, daß der langjährige Präsident des westdeutschen Unternehmerverbandes, Fritz Berg, es als „ganz normal“ bezeichnet, daß jeder Konzern sich „seinen Bundestagsabgeordneten kauft, seine Wahl finanziert und dafür sorgt, daß er in den Bundestag einzieht“, dann wird auch daran deutlich, wer letztlich hinter den Entscheidungen des Bundestages steht.

wichtigen Bundestagsausschüssen sitzen, einen „Beratervertrag“ entweder für die ganze Legislaturperiode oder für einen bestimmten Gesetzgebungsvorgang ab, um zu gewährleisten, daß die in ihrem Profitinteresse liegenden Gesetzesvorlagen angenommen, andere entsprechend geändert oder abgewiesen werden. Derartige „Beraterverträge“ sind eine nur dürftig verschleierte Form direkter Abgeordnetenbestechung, die den betreffenden Parlamentariern ein zusätzliches Einkommen von Tausenden DM pro Monat verschafft, vor allem wenn sie zur

gleichen Zeit mehrere derartige Verträge abschließen.

Derartige „Beraterverträge“ sind u. a. von den Bonner Bundestagsabgeordneten Barzel (CDU), Mende (CDU/früher FDP), Wienand (SPD), Dorn (FDP), Strauß (CSU) und Raffert (SPD) bekannt geworden. Der größte Teil der Bundestagsabgeordneten ist durch derartige „Beraterverträge“ oder auf andere Weise als Interessenvertreter von Unternehmerverbänden, Konzerngruppen, Bankenkonsortien, Wohnungsbau- und dergleichen tätig.

Zwar heißt es im Artikel 38 des Bonner Grundgesetzes, die Abgeordneten seien „... an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“. Damit ist aber unter der Herrschaft des Monopolkapitals offenkundig nur gemeint, daß die Wähler, die Masse des Volkes, diesen Parlamentariern keine Aufträge geben und von ihnen keine Rechenschaft fordern dürfen. Die Monopole hingegen können ungehindert derartige Aufträge erteilen, ja sogar — wie 1970 bis 1972 in der BRD geschehen — den Parteiwechsel von Abgeordneten erkaufen.

In Anspielung auf die 1970 dem FDP-Abgeordneten Geldner vom Strauß/Barzel-Konsortium für einen Parteiwechsel gebotene Geldsumme heißt es seitdem in Bonn: Ein Fußball-Profi-Star ist für 250 000 DM zu haben, der Kauf eines Bundestagsabgeordneten aber kostet 400 000 DM.

Karl Marx hat bekanntlich schon vor mehr als 100 Jahren festgestellt, im Kapitalismus werde alles zur Ware und käuflich.

Die Praxis in der BRD zeigt, daß diese Worte nichts an ihrer Aktualität eingebüßt haben.